



Pressemitteilung des Landesverbandes Sachsen der Jüdischen Gemeinden

Mit großer Enttäuschung musste der Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden in dieser Woche feststellen, dass falsche und zum Teil aggressive Informationen über unseren Verband und die Aktivitäten der einzelnen Mitglieder verbreitet wurden. Mit Befremden nimmt der Landesverband zur Kenntnis, dass sich nunmehr eine Organisation gegründet hat, die sowohl im innerjüdischen Verhältnis als auch in der breiten Öffentlichkeit Verwirrung stiftet. Der sogenannte „Landesverband für die jüdischen Gemeinden und Einrichtungen in Sachsen“ entbehrt jedweder Legitimität und kann nicht für die Mehrheit der Jüdinnen und Juden in Sachsen sprechen.

Der Landesverband, dem die jüdischen Gemeinden in Dresden, Leipzig und Chemnitz angehören, distanziert sich insbesondere von der eigenmächtigen Berufung von Landesrabbinern. In diesem Zusammenhang stellt der angeblich berufene Rabbiner Schneor Havlin klar, dass er von einer solchen Entscheidung keine Kenntnis hatte und für die Zwecke des selbsternannten Verbandes nicht zur Verfügung steht. Der von Rabbiner Havlin vertretene Gemeinschaft Chabad Lubawitsch Sachsen ist seit einem Jahr Kooperationspartner des Landesverbandes Sachsen der Jüdischen Gemeinden und steht nach eigenen Angaben fest hinter dieser Zusammenarbeit.

„Im Jahr 2026 wird der Landesverband sein 100-jähriges Bestehen feiern. Es waren Jahre der harmonischen Entwicklung, aber auch Jahre der tragischen Verfolgung. Heute wird - auch dank der kreativen Arbeit des Landesverbandes - die umfangreiche Arbeit zur Stärkung und Entwicklung des jüdischen Lebens in Sachsen auf Bundes- und internationaler Ebene anerkannt“, sagt Küf Kaufmann, Vorstandsvorsitzender der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig. Die Aktivitäten des Landesverbandes werden von allen demokratischen politischen Parteien in Sachsen anerkannt und unterstützt, so Kaufmann weiter.

Die im Landesverband vertretenen Gemeinden in Leipzig, Dresden und Chemnitz decken insbesondere die religiösen Bedürfnisse der Jüdinnen und Juden in Sachsen ab. Sie kümmern sich um die Anstellung von Rabbinern, unterhalten Synagogen, Gemeindezentren, Friedhöfe und rituelle Bäder. Dem Landesverband ist es in Zusammenarbeit mit der sächsischen Kultusverwaltung gelungen, Jüdische Religion als ordentliches Schulfach zunächst an ausgewählten Stützpunktschulen zu etablieren. Alle Gemeinden leisten zudem eine wichtige Arbeit bei der Integration und sozialen Unterstützung der aus der ehemaligen Sowjetunion zugewanderten Jüdinnen und Juden.

Der Landesverband arbeitet eng und vertrauensvoll mit den etablierten und maßgeblichen jüdischen Organisationen in der Bundesrepublik zusammen wie mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland, mit der Allgemeinen Rabbinerkonferenz, mit der Orthodoxen Rabbinerkonferenz Deutschland oder mit der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland. Der ehrenamtlich tätige sächsische Landesrabbiner Zsolt Balla ist Vorstandsmitglied in der Orthodoxen Rabbinerkonferenz Deutschland, Rabbiner Schneor Havlin Mitglied.

Der Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden begrüßt in diesem Zusammenhang den neuen Staatsvertrag mit dem Freistaat Sachsen, den der Sächsische Landtag am 20. März beschlossen hat. Der ab 2025 geltende Staatsvertrag und die finanziellen Zuschüsse sind ein eindrucksvolles Zeichen, dass der Freistaat Sachsen fest an der Seite der jüdischen Gemeinschaft steht und seine Verantwortung wahrnimmt, die aus der deutschen Geschichte erwachsen ist.

Ein positives Zeichen ist ebenso die Anpassung der Höhe des jährlichen Zuschusses, der nicht nur den vielfältigen Aufgaben der im Landesverband zusammengeschlossenen Gemeinden in Leipzig, Dresden und Chemnitz, sondern auch Veränderungen bei der Sicherheitslage und - leider negativen - gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung trägt. Zum ersten Mal umfasst die Zahlung auch Zuwendungen, die für die Organisation Chabad Lubawitsch Sachsen mit Sitz in Dresden vorgesehen sind. Die international tätige Chabad-Bewegung unterhält eine Synagoge und weitere Einrichtungen in Dresden. Außerdem fördert der Landesverband die Wiedergründung einer vollwertigen jüdischen Gemeinde in Görlitz.

Wachsender Antisemitismus und der Krieg in Gaza infolge des Hamas-Massakers in Israel am 7. Oktober 2023 haben die Sicherheitslage für jüdische Menschen in Sachsen verschärft. Der neue Staatsvertrag berücksichtigt diese Situation und hält nunmehr Mittel auch für Sicherheitsdienstleistungen und Wachschutz bereit. Hinzukommen die Leistungen der Landespolizei, die sich unabhängig von Organisations-Zugehörigkeit um die Sicherheit von Einrichtungen mit jüdischem Bezug kümmert.

Der Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden sieht mit Freude neue Initiativen, die sich der jüdischen Kultur, dem interreligiösen Dialog, der Erinnerung an die Schoah, aber auch dem kulturellen Austausch verschrieben haben. Allen jüdischen Gemeinden, die den halachischen (religionsrechtlichen) Kriterien entsprechen, steht der Weg in den Landesverband offen.

Dresden, 12. April 2024 / 4. Nissan 5784